

# **Aufgabenbezogen. Nachvollziehbar. Gerecht. Für eine Reform von Sachsens Finanzen.**

Franziska Schubert  
haushalts- und finanzpolitische  
Sprecherin

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 12  
Telefax: 0351 / 493 48 09

franziska.schubert@slt.sachsen.de

Dresden, den 22. Oktober 2017

## **1. Vorbemerkung**

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag hat ein Positionspapier zu Bevölkerungsentwicklung sowie den Gemeindefinanzbericht für 2016/2017 vorgelegt.

Seit Beginn der Wahlperiode 2014 haben wir GRÜNEN es wieder und wieder zu jeder Haushaltsverhandlung auf den Tisch gepackt: das Thema Finanzen im Freistaat Sachsen. Wir wollen eine Neuordnung des Landeshaushalts und der Finanzbeziehungen zwischen Freistaat und Kommunen. Warum wollen wir das? Weil **das sächsische Finanzsystem fast 30 Jahre alt und damit nicht mehr zeitgemäß** ist. Passenden Antworten und Lösungen auf drängende Fragen kann es nicht mehr geben. Das möchte ich nachfolgend begründen.

## **2. Kommunale Finanzen: Ab auf den Prüfstand!**

Welche Gemengelage haben wir? Wir haben in Sachsen drei Kreisfreie Städte, die - wenn auch ungleich - wachsen. Hier geht es für die Menschen und die Stadtverwaltungen um Fragen zu Themen wie Wohnen, Leben, Arbeiten, Mobilität, Stadtentwicklung. Fragen, die mit Wachstum zu tun haben. Außerdem haben wir in Sachsen zehn Landkreise mit ihren Städten und Gemeinden. Hier stellen sich aufgrund des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs andere Fragen. Es geht um Themen wie Sicherstellung der Daseinsvorsorge einschließlich medizinischer Versorgung und Brandschutz, Gebührensteigerungen, Landwirtschaft und eben auch Mobilität. Fragen, die aufgrund der Größe und Fläche in den Landkreisen und den weniger und älter werdenden Einwohner\*innen eigene Antworten benötigen.

Themen, die überall im Land virulent sind, sind hohe Sozialausgaben und ökologische Fragen.

Für Städte wie Landkreise und Gemeinden gilt: Hier leben die Menschen, die Familien, Kinder und Jugendliche. Es geht um das Hier und Jetzt genauso wie um Zukunft. Die Kommunen müssen ihre Aufgaben erfüllen können. Sie brauchen die Möglichkeit, trotz unterschiedlicher Einnahmen und Ausgaben, flächendeckend ein lebenswertes Sachsen zu schaffen.

Wie der Freistaat seine Kommunen im Moment finanziell unterstützt, passt nicht mehr zu der beschriebenen Gemengelage und den Entwicklungen in Sachsen. Diese Form der Finanzierung wird weder den Städten noch den ländlichen Räumen gerecht. Andere Bundesländer haben das bereits erkennen müssen – teils erst nach Klagen von Kommunen gegen bestehende Systeme. Da wurde das Finanzausgleichssystem zwischen Land und Kommunen angepasst. Für Sachsen ist das überfällig.

Politik muss Lösungen anbieten.

Wir GRÜNE haben bei den letzten Haushaltsverhandlungen einen Antrag öffentlich anhören lassen. Zahlreiche Sachverständige sind gekommen und haben verschiedene Ideen diskutiert – angefangen von einem Flächenfaktor, einem Demografiefaktor oder einem Sozillastenansatz.

**Uns GRÜNEN geht es um finanzielle Gerechtigkeit, die den Bedarfen der Städte und Gemeinden gerecht wird.**

Doch wie können mögliche Lösungen aussehen? Ich empfehle die Orientierung an Elementen der Finanzausgleiche in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Rheinland-Pfalz hat zum Beispiel einen Stabilisierungsfonds eingeführt, der allen Kommunen eine finanzielle Grundausstattung garantiert und Ungleichgewichte glättet – und zwar für alle gleichermaßen, egal, ob groß oder klein. Rheinland-Pfalz hat sich gesagt: eigentlich haben wir als Land keinen direkten Einfluss auf die Steuereinnahmen der Kommunen. Wir können aber deren schwankende Gesamteinnahmen über einen anderen Geldstrom verstetigen, der an die Kommunen fließt: über Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich.

Schleswig-Holstein hat 2014 einen neuen Finanzausgleich verabschiedet. Was ist hier für Sachsen interessant? Der deutlich stärkere Aufgabenbezug. Grundlage sind die gemeindlichen Aufgaben, die Aufgaben der Kreise und kreisfreien Städte und die übergemeindlichen Aufgaben. In besonderer Weise berücksichtigt der kommunale Finanzausgleich die sozialen Lasten bei den Kreisen **und** kreisfreien Städten. Sie werden entsprechend ihrem Umfang zu einem zentralen Verteilungskriterium. **Leistungen zentraler Orte für ihr Umland werden stärker honoriert.** Gemeinden mit rückläufiger Einwohnerzahl werden entlastet. Ferner wird jährlich ein Betrag für Infrastrukturlasten bereitgestellt, was für Großstädte durchaus relevant ist. Das Schleswig-Holsteinische System ist also aufgabenbezogen, transparent und gerecht.

Für Sachsen will ich das als GRÜNE Finanzpolitikerin als mögliche Lösungselemente vorschlagen. Der Blick über den Tellerrand schadet nicht.

### **3. Der sächsische Landeshaushalt:**

Der Landeshaushalt ist eigentlich ein Spiegelbild der 27 Jahre CDU-geführten, nahezu erstarrten Staatsregierungen in Sachsen. Er ist behäbig, inflexibel, aber ein Musterbeispiel deutscher Verwaltung. Sie können dem Finanzminister nicht nachweisen, er wäre nicht akribisch oder mache Verwaltungsfehler. Aber die Sinnhaftigkeit wurde schon lange nicht mehr hinterfragt. Ein neuer Ministerpräsident alleine wird Sachsens Probleme nicht lösen. 27 Jahre CDU und neun Jahre Tillich haben Sachsen geprägt. **In all den Jahren wurde in Beton und zu wenig in Köpfe und Herzen investiert.** Die CDU ist verantwortlich für das, was wir heute im Freistaat vorfinden. Für eine inhaltliche Neuausrichtung braucht es Problembewusstsein, Anerkennung und auch Wertschätzung.

Folgende Bereiche müssen dringend angegangen werden:

- ÖPNV: Sachsen braucht einen sinnvoll ausgebauten und vertakteten Öffentlichen Nahverkehr. Seit vielen Jahren liegt der Staatsregierung der GRÜNE Vorschlag ‚Sachsentakt‘ vor, der konkret zeigt, wie so etwas umgesetzt werden kann.

- Breitbandausbau: Wir sollten eigentlich schon längst fertig sein. Stattdessen steckt praktisch das gesamte Land im Antragsverfahren. Andere Länder sind schneller und wendiger. Mit diesem Gebaren der Staatsregierung wird das Land schon fast vorsätzlich abgehängt.

- Förderverfahren: **Allein im aktuellen Doppelhaushalt 2017/18 wird ein Fördervolumen über 5 Milliarden Euro vorgesehen. Da aber die Förderverfahren zum überwiegenden Teil bürokratisch, hochkompliziert zeit- und papieraufwendig sind, wird das Geld niemals in der vorgesehen Höhe von Kommunen, Vereinen und anderen möglichen Fördermittelempfängern genutzt werden können.** In Sachsen zum Beispiel sind viele soziale Vereinsstrukturen, aber auch im Sport, Kunst und Kultur, ausschließlich auf Förderprogramme angewiesen. Hier braucht es dringend neue, angepasste und verlässliche Verfahren, die Fördermittelnehmern Planungssicherheit und damit eine kontinuierliche Arbeit ermöglichen.

Der sächsische Haushalt ist intransparent, verbraucherunfreundlich und atmet den Geist der Vergangenheit. Es braucht deutlich mehr Flexibilität. Es braucht eine Reform, um Strukturen zu verändern und es reicht nicht, immer nur - wenn überhaupt - an Symptomen zu herumzudoktern.